

Heft 2/2026
€ 12

Kurswechsel

Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen
Sonderzahl Verlag

Let's plan! Demokratische Wirtschaftsplanung – Schlüssel zur Transformation?

Mit Beiträgen von Solveig Degen, Klaus Dörre, Lotte Jüsten, Alevtina Kravchenko, Paul Nagel,
Lukas Oberndorfer, Mario Taschwer, Julia Werthmann, Daniel Witzani-Haim und Jakob Zwirnmann

Aktuelle Debatte

Österreichs neue Industriestrategie. Auf halben Wegen und zu halber Tat mit halben Mitteln zauderhaft zu streben?

Mit Beiträgen von Kurt Bayer, Nikolaus Kowall, Wolfgang Polt und Werner Raza

Kurswechsel

Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen
Heft 2/2026

Let's plan! Demokratische Wirtschaftsplanung – Schlüssel zur Transformation?

Lotte Jüsten, Alevtina Kravchenko und Mario Taschwer
(alle Attac Österreich)

Editorial 3

Lukas Oberndorfer

Sozial-ökologisch planende Wirtschaftspolitik – ein neues Paradigma
fortschrittlicher Ökonomie und gesellschaftlicher Transformation? 10

Daniel Witzani-Haim

Ansätze demokratischer Wirtschaftsplanung in Österreich im 20. Jahrhundert 21

Lotte Jüsten

Care to Plan. Warum Sorgearbeit im Zentrum
demokratischer Wirtschaftsplanung stehen sollte 31

Solveig Degen und Jakob Zwirnmann

Transformation mit Plan:
Ansatzpunkte für eine demokratische Energieplanung in Österreich 40

Klaus Dörre

Statt Autos: Panzer, Kampfjets oder Drohnen? 54

Paul Nagel, Mario Taschwer, Julia Werthmann

Das Finanzsystem demokratisch planen: Sozialisierung des
österreichischen Bankenwesens als gesellschaftliche Kontrolle über Investitionen . . . 64

**Aktuelle Debatte:
Österreichs neue Industriestrategie. Auf halben Wegen und
zu halber Tat mit halben Mitteln zauderhaft zu streben?**

Wolfgang Polt

Editorial 77

Werner Raza

Wettbewerbsfähigkeit durch Deregulierung?
Zur Rückkehr einer gefährlichen Obsession 79

Nikolaus Kowall

Industriestrategie: Technologie ist ein Mittel, Nachhaltigkeit der Zweck 85

Wolfgang Polt, Kurt Bayer

Zur österreichischen Industriestrategie:
Wichtig, aber führungslos, diffus und zu wenig transformativ 91

Autorinnen und Autoren 97

Let's Plan! Demokratische Wirtschaftsplanung – Schlüssel zur Transformation?

Editorial

Lotte Jüsten, Aleutina Kravchenko und Mario Taschwer (alle Attac Österreich)

Konzerne machen Profite – und zwar nicht zufällig. Ihre Profite entstehen, weil Unternehmen systematisch planen, wie sie aus Geld mehr Geld machen. Ob Tech-Konzerne wie Palantir und Amazon oder Unternehmen wie OMV und Spar – sie alle kontrollieren Produktion, Logistik und Arbeitskräfte entlang globaler Wertschöpfungsketten. Auf der Strecke bleiben dabei Mensch und Natur.

Bei Attac stellen wir uns daher die Frage: Warum überlassen wir diese Planung wenigen Konzernen – statt sie demokratisch an den Bedürfnissen der Gesellschaft auszurichten?

Das Beispiel Amazon zeigt, wie die Zirkulation von Waren heute geplant wird: Wenn du im Onlineshop auf „Jetzt kaufen“ klickst, bewegt ein KI-gesteuerter Roboter das fahrende Regal sofort zur Mitarbeiterin. Diese zieht das Produkt heraus und legt es auf ein Förderband, das das Produkt zur Verpackungsstation transportiert. Dort wird es – von Menschen – eingepackt. In den modernsten Lagern verteilen fahrende Flachroboter die Pakete für die Zustellung; in Europa werden sie noch von Hand eingeschichtet, bevor sie in den allseits bekannten Kleintransportern landen (NDR 2025).

Vom Klick bis zur Zustellung passieren unzählige Schritte im Hintergrund: Daten über Nachfrage, Lagerbestände, Transportwege und Arbeitsprozesse werden in Echtzeit erfasst, ausgewertet und gesteuert. Diese Planung ist global organisiert und datengetrieben. Amazon weiß, was wir suchen und wann wir kaufen und richtet die gesamte Infrastruktur danach aus: Lager und Lieferketten sind minutiös kontrolliert (oft bis auf Sekunden genau), den Zustellern werden die Routen diktiert.

Die undemokratische Herrschaft innerhalb aller kapitalistischen Unternehmen wird hier besonders deutlich: Überwachung durch digitale Kontrollhandschuhe, algorithmische Steuerung und hoher Leistungsdruck sind zentrale Elemente (Schaupp 2024). Beschäftigte sind Zahlen in einer durchoptimierten Logistikmaschine – Leiharbeit, „flexible“ Beschäftigung und Gamification sind ein Instrument der Disziplinierung. Wer in ein Amazon-Lager blickt, sieht effizienteste Planung – Karl Marx wäre vom Stand der Technik fasziniert. Aber: Immer schnellere Lieferungen, globale Transportketten und steigende Retourenquoten führen zu mehr Verkehr, mehr Emissionen und zur massenhaften Vernichtung von Waren (Attac 2025).

Das Beispiel Amazon zeigt: Mit Planung und Technologie lassen sich hochkomplexe Prozesse steuern und die Verteilung von Gütern effizient planen. Aber nicht nach Bedürfnissen, sondern für die Taschen von Jeff Bezos, Mark Mateschitz oder Jack Ma. Dass dabei Ressourcenverbrauch und Klimazerstörung voranschreiten, kümmert die Konzernbosse nicht.

Wir fragen daher in diesem Kurswechsel: Wie kann die Wirtschaft demokratisch geplant werden, um eine gerechte Gesellschaft zu erreichen und die klimasoziale Transformation zu bewältigen?

Diese Ausgabe zeigt, wie demokratische Planung in zentralen Bereichen konkret aussehen kann: Ein Care-basiertes Wirtschaftsmodell rückt menschliche Bedürfnisse in den Mittelpunkt, die Sozialisierung des Bankensektors schafft gesellschaftliche Kontrolle über Investitionen, im Energiesektor schafft die Neuorientierung der Planung soziale und ökologische Nachhaltigkeit. Auch die Krise der Autoindustrie wird als Chance diskutiert, um klimagerechte Mobilität statt militärischer Aufrüstung zu fördern. Ein historischer Abriss über Planung in Österreich im 20. Jahrhundert zeigt die Möglichkeit von Planung auf, und ein Beitrag ruft durch die Synthese von sozialen und ökologischen Planungsansätzen ein Handlungsprogramm aus.

Die Rückkehr des Plans

Ökonomische Planung findet nicht nur in Konzernabteilungen statt, denn die Profite von Konzernen sind maßgeblich auf staatliches Handeln zurückzuführen (Mazzucato 2011). Von einer „Rückkehr des Plans“ zu sprechen ist also falsch.

Der Staat setzt die institutionellen Rahmenbedingungen wirtschaftlichen Handelns – egal, wie aktiv er scheint – und ist an der Entstehung und Stabilisierung von Märkten beteiligt. Karl Polanyi beschreibt, dass Märkte keine natürlichen Ordnungen, sondern politisch hergestellt und dauerhaft auf staatliche Regulierung angewiesen sind (Polanyi 2002). In diesem Sinne schafft und sichert der Staat die Voraussetzungen für Marktprozesse, etwa durch Gesetze, Infrastruktur sowie wirtschaftspolitische Maßnahmen wie Subventionen, Zölle oder Steuererleichterungen.

Die Frage ist also eher, wie Staaten planen und wie sehr sie dafür in Marktmechanismen und Privateigentum eingreifen – und wer dafür bezahlt. Das ist Ausdruck von gesellschaftlichen Kämpfen und resultiert in der berühmten „materiellen Verdichtung von Kräfteverhältnissen“. Das Spektrum reicht vom neoliberalen Nachwächterstaat, der grobe Leitlinien vorgibt und „Innovation“ und „Technologie“ fördert, bis hin zum planenden Staat mit Kontrolle über wesentliche Teile der Schlüsselsektoren, inklusive Innovations- und Produktionszielen über mehrere Jahre.

In Österreich rief die Regierung im Jahr 2026 eine Industriestrategie aus (BMWET 2026). Doch statt öffentlicher Investitionen und demokratischer Kontrolle zentraler Sektoren durch die verbliebenen Staatsbeteiligungen, gibt es eine Definition von Schlüsseltechnologien und leeren Worthülsen à la „Wettbewerbsfähigkeit“, die sich wohl als Geldgeschenke für die Industrie erweisen werden. Ziel ist Wachstum zulasten von Natur und (care-)arbeitender Bevölkerung statt bedürfnisgerichteter Produktion.

Doch egal wie sehr Staaten die Planung lenken – im kapitalistischen Wirtschaftssystem richtet sie sich weiterhin auf Profit aus. Waren und Dienstleistungen werden verkauft, um aus Geld mehr Geld für die Eigentümer*innen zu erwirtschaften. Dabei werden innerhalb einzelner Unternehmen Pläne geschmiedet, wie dies am profitabelsten geschehen kann, um in der Konkurrenz am Markt zu bestehen. Ob die Rechnung also aufgeht, sehen sie erst nach dem Verkauf. Werden sie die Waren und Dienstleistungen nicht los, gibt es trotz Überfluss eine Krise für einzelne Unternehmen oder Branchen. Die Widersprüche des Kapitalismus werden offensichtlich: Er produziert zeitgleich einen riesigen Überfluss an Produkten als auch Mangel und Verschwendung (Müll, Arbeitslosigkeit, wertlos gewordene Anlagen oder Technik). Der natürliche Kreis-

lauf des kapitalistischen Systems wird durch die Eigentumsverhältnisse abgesichert, die den Besitzer*innen ihre Macht verleihen. Menschen, Natur und Technik sind dabei ein Mittel zum Zweck – mit gravierenden Folgen für Gesellschaft und Umwelt.

Mit demokratischer Planung zum Guten Leben für Alle

Die Versorgung und Bedürfnisbefriedigung aller jetzt und in Zukunft lebenden Menschen auf einem intakten Planeten ist das erklärte Ziel von Attac. Viele Analysen zeigen, dass diesem Ziel das kapitalistische Wirtschaftssystem im Weg steht. Es durchdringt mit seiner Logik die verschiedensten Gesellschaftsbereiche und ist Grundlage für die Ausbeutung von Natur und Menschen. Mit diesen Zusammenhängen, ihrer Kritik und Transformationsmöglichkeiten im Hier und Jetzt beschäftigen wir uns bei Attac seit über 25 Jahren.

Die kontinuierliche Auseinandersetzung mit Alternativen dient dazu, Krisen im Jetzt zu bearbeiten – und zugleich Perspektiven zu eröffnen, die über das aktuelle System hinausweisen. Ein wichtiger Teil davon ist es auch, Utopien zu entwickeln und genau durchzudenken, wie ein anderes System aussehen könnte. Dabei helfen oft sogenannte Leuchtturmprojekte, also kleine Projekte, die auf einer lokalen Ebene mit kapitalistischen Mustern brechen. Diese können sehr vielfältig sein und reichen vom Wohnen in autarken Kommunen über selbstverwaltete Gebiete bis hin zu Energiegenossenschaften. Vielen dieser Projekte ist das Hinterfragen von Privateigentum gemein. Ein bekanntes Beispiel ist die Initiative „Deutsche Wohnen & Co enteignen“, die 2021 in Berlin mit einem Volksentscheid schlagkräftig die Enteignung und Vergesellschaftung von Immobiliengesellschaften forderte. Inspiriert von dieser Idee entstanden dann auch Initiativen, die den Energiesektor vergesellschaften wollen („OMV enteignen“, „RWE enteignen“). Im Zusammenhang mit der Eigentumsfrage stellt sich auch die Frage: Was dann? Wie wird umgegangen mit vergesellschafteten Betrieben? Wer entscheidet dort? Und wie sähe ein Wirtschaftssystem ohne Unternehmen, die wenigen gehören und an Profiten orientiert sind, aus?

Gerade weil diese Fragen in unserer Arbeit zu einem gemeinwohlorientierten Finanzsystem und einer demokratischen Energiewirtschaft immer wieder aufkamen, haben wir uns bei Attac verstärkt der Frage nach einem demokratisch-geplanten Wirtschaftssystem gewidmet. Unser Zugang kommt also aus ganz konkreten politischen Kämpfen und Krisen. Durch multiple Krisen ist eine zusätzliche Dringlichkeit entstanden, über systemische Kritik und Alternativen noch weiter als bisher hinauszudenken und nach konkreten, ganzheitlichen Alternativen zum bestehenden Kapitalismus zu suchen. Eine Theoretisierung erfolgte für uns durch den jährlichen Fach- und Vernetzungstag „Demokratische Wirtschaftsplanung“ in Berlin bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Demokratische Wirtschaftsplanung. Die in Deutschland rege auflebende akademische Debatte zum Thema haben wir dann durch einen Lesekreis mit Aktivist*innen aus ganz unterschiedlichen Gruppen von Attac (wie Senior*innenAttac, FeministAttac und FinanzAttac) nach Österreich gebracht. In diesem Kontext wurden diverse Perspektiven eingebracht, deren Verbindung im Rahmen der Debatte um demokratische Wirtschaftsplanung gut gelingen konnte. So war es möglich, Gedanken über feministische Ansätze zur Care-Arbeit mit Erfahrungen aus dem Leben

in Wohngemeinschaften der 60er Jahre und internationalen Perspektiven und Berichten aus anderen Kontexten zu verbinden. Diese Erfahrungen haben gezeigt, dass das Interesse am Nachdenken über Alternativen und Transformation vorhanden ist und bereits sehr konkret und zugänglich diskutiert werden kann.

Mit dem Ansatz der demokratischen Wirtschaftsplanung stellen wir uns der angeblichen Alternativlosigkeit des Kapitalismus entgegen und skizzieren eine Utopie – gerade in Zeiten, in denen die aktuelle Hegemoniekrise den Aufstieg der Rechten befeuert. Die neue Rechte eignet sich derzeit den Hyperkapitalismus an und verbindet sich mit einem neuen Oligarchentum. Die gewaltige Macht- und Vermögenskonzentration gefährdet Lebensgrundlagen und Freiheitsrechte derjenigen, die nicht über die Mittel verfügen, um selbst Macht auszuüben. Gerade die neuerliche Welle von Gewalt mit Kriegen und Hunger zeigt die Diskrepanz zwischen dem Luxus und Vermögen der einen und dem Leid derjenigen, die nicht mitentscheiden können. Karl Polanyi legt dar, dass kapitalistische Interessen vor allem auch mit autoritären Tendenzen verwachsen sind und Demokratien unterwandern, da sie das menschliche Leben einer von wirtschaftlichen Interessen geleiteten Politik unterordnen. Als Gegenbewegung stellt sich uns die Frage: Was kann eine antifaschistische Wirtschaftspolitik dieser Gefahr für unsere Gesellschaft entgegensetzen? Gibt es eine neue gesellschaftlich-ökonomische Vision, die eine Antwort auf die Fragen nach Alternativen bietet?

Die Ziele demokratischer Planung: Sicherheit, Mitbestimmung, Sorge um Mensch und Natur

Der real existierende Kapitalismus führt täglich zu neuen Unsicherheiten: Wie teuer wird der Wocheneinkauf noch? Wie viel muss ich bei der Energierechnung nachzahlen? Wie soll ich die Schulausflüge meiner Kinder finanzieren? All diese Fragen können auf die ökologischen, ökonomischen und imperialen Krisen des sorglosen Kapitalismus zurückgeführt werden. Egal, ob die Ernte ausfällt, das Solarkraftwerk eine Panne hat oder es Engpässe bei der Versorgung der Kinder gibt – nur durch die kollektive Entscheidung über die verfügbaren Ressourcen des 21. Jahrhunderts können wir Sicherheit schaffen. So wie sich in Krisensituationen immer wieder freiwillige Helfer*innen zusammenschließen, müssen auch in einer demokratisch geplanten Wirtschaft alle Aufgaben gerecht verteilt werden.

Zu planen bedeutet erst einmal, sich Gedanken darüber zu machen, wie ein bestimmtes Ziel erreicht werden kann. Umgelegt auf die Wirtschaft bedeutet Planung: bewusste und demokratische Entscheidungen darüber treffen, welche Aufgaben und Arbeiten in einer Gesellschaft notwendig sind, wie die individuellen und gesellschaftlichen Bedürfnisse erhoben und erfüllt werden, welche Infrastrukturen, Güter und Dienstleistungen dafür notwendig sind, wie diese innerhalb planetarer Grenzen bereitgestellt und gerecht verteilt werden können.

Ein Kerngedanke der demokratischen Wirtschaftsplanung ist die Erweiterung eines demokratischen Verständnisses. Über Jahrhunderte haben Bewegungen Wahlrechte und aktive Partizipationsrechte erkämpft. Mitbestimmungsrechte in einer demokratischen Gesellschaft sind auch Grundrechte. Diese Mitbestimmungsrechte geben wir allerdings am Arbeitsplatz und im Bereich der Wirtschaft ab: Sobald wir unsere Arbeits-

stelle betreten, sind wir – insbesondere als Arbeitnehmer*innen, Auftragnehmer*innen etc. – weisungsgebunden. Es scheint uns fern, zu bestimmen, was unsere Firma produziert oder verkauft, an wen und wofür. Eine demokratische Wirtschaftsplanung ermöglicht eine Ausweitung der demokratischen Sphäre auf den blinden Fleck der Wirtschaft und erlaubt uns mitzubestimmen, wie eine Gesellschaft sich womit versorgt und warum. Statt autokratischer Unternehmensstrukturen bieten neue, „geplante“ Organisationsformen zudem die Möglichkeit, Ineffizienzen von Konkurrenz und Profitdruck zu überwinden und Innovation zum Vorteil der Gesellschaft zu fördern.

Wichtig dabei ist: Wir beziehen uns nicht nur auf die Produktion von Gütern. Der Großteil der gesellschaftlich verrichteten Arbeit ist (und bleibt) Sorgearbeit. Eine geplante Wirtschaft muss daher Lösungen anbieten, die über die Vollautomatisierung der Industrie und die Allokation von Gütern hinausgehen. Das Ziel einer demokratisch geplanten Wirtschaft muss sein, dass alles, was im Kapitalismus zur Reproduktion der Arbeitskraft benötigt wird, zum Selbstzweck wird: Essen, Wohnen, Lernen, Ausruhen, Entfalten, Gestalten, Spaß haben, Spielen, mit sich selbst und anderen auskommen.

Die umfassende Demokratisierung – also die Einbeziehung der Menschen in die Gestaltung ihrer Lebensrealitäten – ist ein Schlüssel für die sozial-ökologische Transformation. Das ist nicht nur notwendig angesichts der ökologischen Krise, die Demokratisierung kann auch zur Abwehr des drohenden Faschismus beitragen. Denn die Faschisierung der Gesellschaft ist zum Teil auf die Abwertung der Menschen in den Arbeitsbeziehungen zurückzuführen. Ein Teil der Antwort muss also über passive Abwehrkämpfe wie „Demokratie verteidigen“ hinausgehen und die Demokratisierung ebendieser Arbeitsbeziehungen sein. Die Hoffnung ist: Werden Menschen ernst genommen und aufgebaut, können antidemokratische Haltungen im gemeinsamen Streit aufgebrochen werden. Braucht es fünftausend Ferraris oder bauen wir mit den gesellschaftlich verfügbaren Ressourcen lieber neue Altersheime? Ist es ausreichend, wenn eine Pädagogin mit einer Assistentkraft auf 15 Kinder zwischen 6 Monaten und 2 Jahren aufpasst? Können echte Männer auch vom Hochofen losgeest und dazu gebracht werden, Mädchen in modernen Volksschulen das Schweißen zu lehren?

Wir dürfen die Planung nicht den Konzernen oder technokratischen Eliten überlassen, sondern müssen die gesellschaftliche Kontrolle über die wichtigsten Lebensbereiche zurückerobern. Menschen müssen möglichst dort einbezogen werden und demokratische Entscheidungen treffen können, wo sie betroffen sind. Je näher uns (ökonomische) Umstände sind, desto mehr Mitsprache braucht es.

Die demokratische Planung der Wirtschaft ist also nichts anderes als eine gemeinwohlorientierte, feministische, ökologische und demokratische Koordination von wirtschaftlichen Abläufen zum Wohle von Mensch und Natur. Daher überlegen wir bei Attac, wie ein anderes Wirtschaftssystem aussehen kann – und im Rahmen dessen entstand diese Kurswechsel-Ausgabe. Sie ist ein Versuch, wissenschaftliche Debatten, konkrete politische Ideen und Transformationsperspektiven zusammenzuführen. Einerseits wird dabei eine Vogelperspektive eingenommen und auf einer theoretischen und historischen Ebene diskutiert. Andererseits werden mit dem Energiesektor, der Automobil- und der Waffenindustrie sowie dem Finanzsektor ganz konkrete Beispiele angeführt.

Beiträge in diesem Heft

Die Ausgabe beginnt mit einem einführenden Text von Lukas Oberndorfer: *Sozial-ökologisch planende Wirtschaftspolitik – ein neues Paradigma fortschrittlicher Ökonomie und gesellschaftlicher Transformation?* Der Beitrag zeigt die Grundgedanken demokratischer Wirtschaftsplanung auf und formuliert – inspiriert durch Eduard März – ein Forschungs- und Handlungsprogramm für eine sozial-ökologisch planende Wirtschaftspolitik. Dazu skizziert er, wie in marxistischen, keynesianischen und Degrowth-Ansätzen bereits Wirtschaftsplanung angedacht wird und wie deren Synthese für die sozial-ökologische Transformation gewinnbringend eingesetzt werden kann. Historische Perspektiven, die dabei bereits anklingen, werden im Beitrag von Daniel Witzani-Haim vertieft. Er beleuchtet *Ansätze demokratischer Wirtschaftsplanung in Österreich im 20. Jahrhundert*. Er stellt die Sozialisierungspläne von Otto Bauer, Otto Neurath und Käthe Leichter nach dem Ersten Weltkrieg vor, analysiert die Verstaatlichungen nach dem Zweiten Weltkrieg und beleuchtet die Effektivität des Beirats für Wirtschafts- und Sozialfragen in den 1970er Jahren. Der Beitrag schließt mit Thesen, welche Schlüsse aus den Erfahrungen des 20. Jahrhunderts gezogen werden können. Lotte Jüsten bezieht ebenfalls historische Perspektiven in ihren Text mit ein. In ihrem Beitrag *Care to Plan. Warum Sorge-Arbeit immer im Zentrum demokratischer Wirtschaftsplanung stehen sollte*, beschreibt sie, warum es sich lohnt, Care-Arbeit ins Zentrum und an den Anfang demokratischer Wirtschaftsplanung zu stellen und welche konkreten, transformativen Politiken es bereits gibt. Sie zeigt auf, dass feministische Ökonominen und Aktivistinnen bereits seit über 100 Jahren dafür kämpfen, Care-Arbeit und Reproduktionsarbeit als integralen Bestandteil ökonomischer und demokratisch-sozialistischer Politik zu denken.

Dieser Beitrag schlägt die Brücke zum zweiten Teil des Heftes, in dem sich die Beiträge einzelnen Sektoren widmen und konkrete Transformations- und Planungsperspektiven in Aussicht stellen. So gehen Solveig Degen und Jakob Zwirnmann in ihrem Beitrag *Transformation mit Plan: Ansatzpunkte für eine demokratische Energieplanung in Österreich* auf den Energiesektor als Kommandohöhe der Wirtschaft ein. Am Beispiel Österreichs beschreiben sie, warum öffentliche Eigentumsanteile ohne übergeordnete Steuerungsstrukturen keine gemeinwohlorientierte Entwicklung garantieren: Es fehlt eine übergeordnete Entscheidungsstruktur, die Investitionen, Preise und Infrastrukturentwicklung entlang gesellschaftlicher und klimatischer Ziele ausrichtet. Ein Blick in die Geschichte der Energieplanung lohnt sich: Bis in die späten 1980er Jahre regierte nicht der Markt, sondern die öffentliche Hand. Klaus Dörre widmet sich der viel diskutierten Auto- und Rüstungsindustrie. In seinem Beitrag *Statt Autos: Panzer, Kampffjets oder Drohnen?* beschreibt er, dass die wirtschaftliche Misere der Autobranche vor allem auf Managementversagen und kurzfristige Profitinteressen zurückzuführen ist. Die europäischen Wohlfahrtsstaaten tun ihr Übriges, da sie keinen planvollen Umbau des Wirtschaftsmodells ermöglichen. Stattdessen wird aktuell die Rüstungsindustrie staatlich geplant, obwohl deren Boom den ökologischen und sozialen Backlash verstärkt. Dörre argumentiert, dass eine nachhaltige, demokratisch geplante Wirtschaft, die gesellschaftliche Grundbedürfnisse sichert, sich als mehrheitsfähige Alternative erweisen könnte. Paul Nagel, Mario Taschwer und Julia Werthmann von FinanzAttac schließen mit dem Beitrag *Das Finanzsystem demokratisch planen: Sozialisierung des österreichischen Bankenwesens als gesellschaftliche Kontrolle über Investitionen*. Ausgehend von einem Ver-

ständnis des Finanzwesens als zentraler Planungsinstanz, die wirtschaftliche Abläufe durch undemokratische, unsoziale und klimaschädliche Kapitalallokation steuert, stellt der Artikel die Frage, wie ein gemeinwohlorientiertes Finanzsystem organisiert werden kann. Welche Funktionen muss ein demokratisches Finanzwesen erfüllen? Wie kann eine gemeinwohlorientierte Bedarfsermittlung unter demokratischen Prinzipien funktionieren?

Die meisten Menschen zweifeln daran, dass sich die Welt zum Besseren verändern kann. Doch Veränderung ist möglich! Die Notwendigkeit dazu erwächst aus den materiellen Bedingungen unserer Gesellschaft, einzig der Glaube an eine gerechtere Gesellschaft muss neu erkämpft werden. Dazu gehört auch, eine überzeugende Alternative zum Kapitalismus denkbar – und schmackhaft – zu machen.

Viel Spaß beim Lesen und Ausmalen einer anderen Welt wünscht

das Attac-Team

Lotte Jüsten, Alevtina Krauchenko und Mario Taschwer

Quellen

- Attac (2025): Amazons Welt: Steuertricks, Ausbeutung, Klimazerstörung und Macht. November 2025. https://www.attac.at/fileadmin/user_upload/dateien/shop/Amazon_2025_web.pdf.
- Bundesministerium für Wirtschaft, Energie und Tourismus (BMWET) (2026): Industriestrategie Österreich 2035 für einen wettbewerbsfähigen Industriestandort und wirtschaftliche Resilienz. Wien
- Mazzucato, Mariana (2011). The entrepreneurial state. *Soundings*, 49(49), 131-142.
- NDR (2025): Weihnachtstress bei Amazon. Die Nordreportage, 18.12.2025, <https://www.ardmediathek.de/video/die-nordreportage/weihnachtstress-bei-amazon>
- Phillips, Leigh/Rozworski, Michal (2019): The people's republic of Walmart: How the world's biggest corporations are laying the foundation for socialism. Verso Books.
- Polanyi, Karl (2002): The great transformation. *Readings in economic sociology*, 38-62.
- Schaupp, Simon (2021): Technopolitik von unten. Algorithmische Arbeitssteuerung und kybernetische Proletarisierung. Matthes & Seitz Berlin.

Sozial-ökologisch planende Wirtschaftspolitik – ein neues Paradigma fortschrittlicher Ökonomie und gesellschaft- licher Transformation?¹

Lukas Oberndorfer

Abstract

Die Vielfachkrise des Kapitalismus – allen voran die Klima- und Biodiversitätskrise – stellt die Frage nach demokratischer Wirtschaftsplanung neu. Der Beitrag argumentiert, dass sich in der heterodoxen Ökonomie ein Paradigma sozial-ökologisch planender Wirtschaftspolitik herausbildet. Dieses verbindet den gesteuerten Umbau von Produktion und Reproduktion innerhalb planetarer Belastungsgrenzen mit sozialer Absicherung und demokratischer Kontrolle. Anhand der Rekonstruktion des Denkens von Eduard März wird aufgezeigt, dass eine solche Perspektive auf eine historische Tradition transformativer politischer Ökonomie zurückgreifen kann, welche soziale, ökologische und demokratische Fragen systematisch miteinander verknüpft. Daraus leitet der Beitrag Ansatzpunkte für ein Forschungs- und Handlungsprogramm ab.

In den letzten Jahren kehrt eine Debatte zurück, die auf dem Höhepunkt des Markt-
radikalismus kaum Raum hatte: Brauchen wir eine aktive und planende Wirtschafts-
politik, um die großen Herausforderungen unserer Zeit zu bewältigen? Angesichts der
Vielfachkrise des Kapitalismus und des Aufstiegs Chinas auf Basis einer planenden
Wirtschaftspolitik gerät das neoliberale Dogma, das staatliches Handeln auf die Setzung
eines Ordnungsrahmens für Marktkräfte beschränkt, zunehmend ins Wanken.

Auffallend an dieser Renaissance ist, dass sie nicht auf einzelne wirtschaftliche Denk-
schulen beschränkt ist. Vielmehr findet sie in allen wesentlichen Ansätzen der hetero-
doxen Ökonomie statt. Bei aller Unterschiedlichkeit lassen sich zwei zentrale Gemein-
samkeiten in der Argumentation für eine planende Wirtschaftspolitik feststellen. Erstens
machen die Überschreitung planetarer Grenzen und die daraus entstehenden Folgen
für Mensch und Wirtschaft einen raschen und gesteuerten Umbau notwendig, der so-
ziale Sicherheit gewährleistet und innerhalb ökologischer Belastungsgrenzen bleibt.
Zweitens braucht es dazu eine planende Wirtschaftspolitik, die Entscheidungen, die in
den letzten Jahrzehnten dem Markt oder Institutionen außerhalb politischer Verant-
wortungsstrukturen überlassen wurden, unter öffentliche und demokratische Kontrol-
le stellt.

Der Beitrag skizziert einleitend die unterschiedlichen Ansätze einer planenden Wirt-
schaftspolitik (1). Ohne die Bedeutung der sehr unterschiedlichen Konzeptionen über-
gehen zu wollen, möchte ich dabei auf jene Überschneidungen fokussieren, in denen
sich ein neues Paradigma einer sozial-ökologisch planenden Wirtschaftspolitik abzeich-
net. Diese hat zum einen das Potenzial, fortschrittliche Politik zu orientieren. Anderer-
seits könnte sie dazu beitragen, soziale und ökologische Akteur:innen zu einem Bünd-

Ansätze demokratischer Wirtschaftsplanung in Österreich im 20. Jahrhundert

Daniel Witzani-Haim

Abstract

In diesem Beitrag beleuchte ich historische Ideen und Ansätze demokratischer Wirtschaftsplanung in Österreich. Dafür zeichne ich einerseits Debatten um Sozialisierungen und demokratische Planung nach, die in Österreich im 20. Jahrhundert geführt wurden. Andererseits fasse ich die Herausforderungen tatsächlich stattgefundenener Sozialisierungen zusammen. Der Beitrag schließt mit Thesen, welche Schlüsse aus den Erfahrungen des 20. Jahrhunderts gezogen werden können.

Einleitung

Aufgabe der politischen Arbeiterbewegung ist es, die Machtverhältnisse zu schaffen, Aufgabe der gewerkschaftlichen Bewegung, die Menschen zu disziplinieren und zu schulen, deren Vorhandensein Voraussetzung für die Errichtung der Planwirtschaft ist. Aufgabe aller Sozialisten aber ist es, die Probleme der sozialistischen Wirtschaft gedanklich durchzuarbeiten, damit im geschichtlichen Augenblick nicht diskutiert, sondern gehandelt werde. (Leichter 1931: 512)

Vorläufer von Verstaatlichungen finden sich in Österreich schon im 19. Jahrhundert in Form des staatlichen Eisenbahnnetzes. Der Baustart der Semmeringbahn war eine Reaktion auf die Märzrevolution 1848. Nicht, weil es eine demokratische Forderung der Revolutionäre gewesen wäre. Stattdessen sollten die arbeitslosen Massen in Wien politisch neutralisiert werden, indem sie hundert Kilometer entfernt unter staatlicher Aufsicht beschäftigt wurden (Kletečka 1996). Nachdem die Staatsbahnen aus Geldnöten des Kaiserhauses in den folgenden Jahren privatisiert wurden, kam es nach der Weltwirtschaftskrise 1873 wieder zu Verstaatlichungen. Schon dieses frühe Beispiel zeigt, dass hohe Arbeitslosigkeit und Profitabilitätskrisen des Privatkapitals günstige Nährböden für staatliche Wirtschaftsplanung sind. Zugleich stellten diese selten den Auftakt für eine weitreichendere Demokratisierung der Wirtschaft dar, sondern dienten primär der Befriedung revolutionärer Bewegungen oder Stimmungen – auch in den folgenden Jahrzehnten.

An Utopien einer demokratischen Wirtschaft mangelte es im 19. und 20. Jahrhundert jedoch nicht, insbesondere durch den Aufstieg sozialistischer und kommunistischer Bewegungen. Der Weg zu einer demokratischen Wirtschaft wurde jedoch heftig debattiert: Auf der einen Seite gab es Anhänger:innen von staatssozialistischen Konzepten, also der Vorstellung, dass die kapitalistischen Großbetriebe lediglich verstaatlicht werden mussten, um den Sozialismus voranzutreiben. Andere sahen diese Versuche zum Scheitern verurteilt, solange die Warenproduktion die vorherrschende Wirtschaftsord-

Care to Plan – Warum Sorgearbeit immer im Zentrum demokratischer Wirtschaftsplanung stehen sollte

Lotte Jüsten

Abstract

Der Beitrag zeigt, dass Care-Arbeit in Debatten um demokratische Wirtschaftsplanung immer am Anfang stehen muss und ihre Vernachlässigung kein Zufall, sondern Ergebnis androzentrischer Annahmen über Arbeit, Weiblichkeit und Reproduktion ist. Ausgehend von materialistisch-feministischen Kritiken und historischen Perspektiven der sozialistischen Denkerinnen Clara Zetkin und Alexandra Kollontai wird dargestellt, dass Care-Arbeit von Beginn an politisiert und vergesellschaftet werden sollte. Ergänzt durch aktuelle theoretische und politische Ansätze spannt der Beitrag den Bogen zu aktuellen politischen Kämpfen und Themen. Er leitet von ihnen ab, warum Care-Arbeit in Entwürfen demokratischer Planwirtschaft eine zentrale Rolle einnehmen muss und die Auseinandersetzung mit demokratischer Wirtschaftsplanung auch für die feministische Ökonomie höchst relevant ist.

Einleitung

Historisch gilt die Planwirtschaft als zentrale Alternative zur kapitalistischen Organisation der Wirtschaft. Trotz ihres Scheiterns im Realsozialismus erlebt die Debatte um Wirtschaftsplanung derzeit ein Revival (Beckmann et al. 2024). Populärwissenschaftliche Arbeiten thematisieren, dass Planung keineswegs nur ein sozialistisches Gegenmodell ist: Große Konzerne wie Amazon oder Walmart koordinieren Produktion, Logistik und Arbeitsprozesse hochgradig geplant und datenbasiert. Planung ist eine zentrale Voraussetzung ihrer Profite (Phillips/Rozworski 2019). Eine andere bekannte Arbeit, die sich mit der Frage nach den Vorteilen sozialistischer Ökonomien beschäftigt, ist der Aufsatz *Why Woman Had Better Sex Under Communism* (2017) von Kristen R. Ghodsee. Er bringt einen wichtigen Gedanken auf den Punkt: In einer sozialistischen Wirtschaft war das Leben für Frauen* in ganz praktischer Hinsicht teils besser, weil die Möglichkeit bestand, den schier unauflöselichen Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Patriarchat zu durchbrechen. Zentral ist dabei die gesellschaftliche Anerkennung von Reproduktionsarbeit und die entsprechende Versorgung mit staatlicher Kinderbetreuung, in der Erwerbsarbeit oder bei Themen wie Verhütung und Abtreibung.

Diese Ausgangslage ist für mich und viele andere Frauen* die Motivation für die Beschäftigung mit feministischer Ökonomie, der unweigerlichen Verknüpfung des Kapitalismus mit dem Patriarchat und den negativen Auswirkungen auf Frauen*. Die Frage, warum Frauen* unter dem Kommunismus besseren Sex hatten, ist folglich auch die Frage danach, wie Frauen* außerhalb des Kapitalismus mehr Spaß, mehr Freizeit und Freiheit haben. Sie zeigt, dass für Frauen* die Frage nach einer Umstrukturierung des Wirtschaftssystems weitreichendere Folgen hätte als eine simple materielle Besser-

Transformation mit Plan: Ansatzpunkte für eine demokratische Energieplanung in Österreich

Solveig Degen und Jakob Zwirnmann

Abstract

*Die Transformation des Energiesystems gilt als zentrale Voraussetzung zur Bewältigung der sozial-ökologischen Krisen der Gegenwart. Gleichzeitig erweist sich ihre Umsetzung in liberalisierten Energiemärkten als strukturell widersprüchlich: Während Dekarbonisierung umfassende zeitliche, räumliche und sektorübergreifende Koordination erfordert, werden zentrale Investitions- und Preisentscheidungen primär über profitorientierte Marktmechanismen organisiert. Der Beitrag argumentiert, dass der stockende Ausbau und Investitionslücken daher weniger auf einen absoluten Kapitalmangel als auf die institutionelle Organisation der Finanzierung zurückzuführen sind. Am Beispiel Österreichs zeigt er, dass öffentliche Eigentumsanteile ohne übergeordnete Steuerungsstrukturen keine gemeinwohlorientierte Entwicklung garantieren und ein strukturelles Koordinationsdefizit fortbesteht. Aufbauend auf Literatur zu demokratischer Wirtschaftsplanung sowie auf Interviews mit Akteur*innen des österreichischen Energiesektors entwickelt der Beitrag Ansatzpunkte für eine demokratische Energieplanung.*

Einleitung: Warum Energie demokratisch planen?

Die Umgestaltung der Daseinsvorsorge ist zentral für die Bewältigung der gegenwärtigen miteinander verflochtenen sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Krisen. Jahrzehnte der Austerität, Marktorganisation und Finanzialisierung haben entsprechende Systeme ausgehöhlt und gesellschaftliche Unsicherheiten verschärft. Kaum ein Bereich bündelt diese Dynamiken so stark wie das Energiesystem: Es ist zugleich wesentliche Ursache der Klimakrise, als auch und zentraler Treiber jüngster Lebenshaltungskostenkrisen (Nabernegg et al. 2024). Energie versorgt Haushalte mit Wärme und Strom, ermöglicht industrielle Produktion und ist mit nahezu allen Bereichen öffentlicher Versorgung verflochten. Entsprechend verdichten sich hier zentrale gesellschaftliche Konflikte, die mit widersprüchlichen staatlichen Imperativen wie Wirtschaftswachstum, Versorgungssicherheit, Leistbarkeit, geopolitischer Souveränität und Nachhaltigkeit verbunden sind (Brand et al. 2025).

Gleichzeitig steht die Dekarbonisierung des Energiesystems im Zentrum der Hoffnungen auf eine sozial-ökologische Transformation. Die Elektrifizierung von Industrie, Mobilität und Wärme durch den massiven Ausbau erneuerbarer Energien, Netzausbau, die Einführung von Speichertechnologien und eine stärkere Sektorenkopplung sollen diese ermöglichen. Diese Aufgabe setzt umfassende Koordination voraus: Erzeugung und Verbrauch müssen synchronisiert, Infrastruktur antizipativ geplant und Versorgungssicherheit dauerhaft gewährleistet werden. Energiesysteme sind daher keine ge-

Statt Autos: Panzer, Kampfjets oder Drohnen?

Klaus Dörre

Abstract

*Die gesamte EU sieht sich mit einer Deindustrialisierung konfrontiert, die jeden Tag tausende Stellen kostet. Im Sturmzentrum ökonomischer Verwerfungen befindet sich die Autobranche. Anders als vielfach behauptet, wird die wirtschaftliche Misere aber keineswegs durch eine Klimaplanwirtschaft verursacht. Es fehlt ein Staat, der einen planvollen Umbau des Wirtschaftsmodells ermöglicht und Zukunftsmärkte aktiv schafft. Demokratische Planung könnte, so die These, die Protagonist*innen einer nachhaltigen Wirtschaftsweise durch jenes „Tal der Tränen“ leiten, das die Träger von Sprunginnovationen stets durchschreiten müssen. Längerfristig geplant wird jedoch in der Rüstungsindustrie, deren Boom den akuten ökologischen und sozialen Backlash zusätzlich verstärkt. Eine nachhaltige, demokratisch geplante Wirtschaft, die gesellschaftliche Grundbedürfnisse absichert, könnte sich als mehrheitsfähige Alternative erweisen.*

Schien es einige Jahre so als könne die Auto- und Zulieferindustrie zum Vorreiter eines europäischen Green Deal werden, der die Weichen in Richtung eines neuen Wirtschaftswunders stellt, hat sich das inzwischen grundlegend geändert. Die EU sieht sich mit massiver Deindustrialisierung konfrontiert. In der Auto- und Zulieferindustrie Deutschlands und auch Österreichs hat die Krise besondere Ausmaße angenommen. Aus Sicht von Wirtschaftsverbänden, liberal-konservativen und rechts-autoritären Kräften stehen die Schuldigen für die Misere bereits fest. Die Grünen und die Klimaplanwirtschaft verantworten das ökonomische Desaster. Für Arbeitsplatzverluste in der Autoindustrie scheint immerhin eine Kompensation in Sicht, denn die Rüstungsindustrie boomt. Doch war es wirklich ein Übermaß an staatlicher Planung, das nun einen sozial-ökologischen Backlash in der Autoindustrie provoziert? Und bleibt als zukunftstaugliche Strategie nur ein „schmutziger Militär-Keynesianismus“ (Rilling 1994; Custers 2010)?

Meine Antwort auf beide Fragen ist ein klares Nein. Es fehlt ein Staat, der den sozial-ökologischen Umbau langfristig plant und so Zukunftsmärkte aktiv schafft.

Ende eines Geschäftsmodells

Insgesamt 1,8 Billionen Euro wollten die Mitgliedstaaten der EU bis 2027 aufwenden, um die Wirtschaft neu aufzubauen. Immerhin 30 Prozent der Gelder sollten für grüne Investitionen ausgegeben werden. Zur Finanzierung des europäischen Green Deal nahmen die Staaten erstmals gemeinsame Schulden auf. Ökologische Nachhaltigkeits- und Klimaziele wurden vom Europaparlament gegen die Voten mächtiger Wirtschaftslobbys, unter ihnen die deutsche Autoindustrie, und trotz des Einspruchs der deutschen Bun-

Das Finanzsystem demokratisch planen: Sozialisierung des österreichischen Banken- wesens als gesellschaftliche Kontrolle über Investitionen

Paul Nagel, Mario Taschwer, Julia Werthmann

Abstract

Das gegenwärtige Finanzsystem ist eine zentrale Planungsinstanz: Durch die Vergabe von Kapital steuert es – weder demokratisch noch sozial – die wirtschaftlichen Abläufe. Seine Profitlogik birgt enorme Risiken für die gesamte Gesellschaft. Dieser Artikel zeichnet ein Bild, wie ein demokratisches und gemeinwohlorientiertes Finanzsystem organisiert werden kann. Dabei wird erläutert, welche Funktionen ein demokratisches Finanzwesen erfüllen muss und wie eine gemeinwohlorientierte Bedarfsermittlung unter demokratischen Prinzipien funktionieren kann. Darüber hinaus wird aufgezeigt, wie ein Weg zu einem solchen Finanzwesen aussehen könnte.

Einleitung: Die Finanzwelt als Casino

Oft wird die Finanzwelt als großes Casino beschrieben. Von Volatilität geprägt, erzeugt es heute kometenhafte Gewinne, morgen abgrundtiefe Verluste – und diese können sich, wie zuletzt in der Finanzkrise 2007/2008 geschehen, global ausbreiten. Wenngleich die Finanzwelt risikoreiche Spekulationen auf die Spitze treibt, wohnt diese Tendenz der gesamten kapitalistischen Wirtschaftsweise inne.

Die Wirtschaftspolitik der letzten Jahrzehnte entfesselte die Finanzmärkte. Politiker:innen weichen Regulierungen für Finanzgeschäfte auf, öffneten dem Kapital zuvor geschlossene Nationalgrenzen und finanzierten das gesellschaftliche Leben: Nicht nur mussten sich Unternehmen und Staaten immer stärker an finanzmarktbasieren Erfolgskriterien ausrichten, auch Privatpersonen finanzierten ihr Studium oder ihr Haus vermehrt mithilfe von Krediten.

Diese Entwicklungen bildeten zentrale Eckpfeiler der neoliberalen Wirtschaftswende ab den 1980er-Jahre, vorangetrieben durch Politiker:innen wie Margaret Thatcher oder Franz Vranitzky. Ihre zentrale Annahme lautet, dass freie Märkte den größten Wohlstand schaffen und staatliche Eingriffe hinderlich oder gar freiheitsgefährdend sind. Allerdings ist auch die staatliche Rahmensetzung selbst stark von diesen neoliberalen Leitbildern geprägt. Fern davon einen klaren Gegenpol zum Markt zu bilden, folgt auch staatliches Handeln den Prinzipien der Förderung von Wettbewerb und Standortattraktivität.

Sind Finanzkrisen also der Preis für den ansonsten Wohlstand schaffenden freien Markt? Diese Argumentation hat zwei Schwachstellen. *Erstens* gilt besagte Freiheit nur

Autorinnen und Autoren

Kurt Bayer war als Ökonom am WIFO, im BMF und in Internationalen Finanzinstitutionen tätig.

Solveig Degen ist politische Ökonomin und Doktorandin im Projekt „Vergesellschaftung in Theorie und Praxis“ am Centre for Social Critique. Zudem ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Soziologie von Arbeit, Wirtschaft und technologischen Wandel an der Humboldt-Universität zu Berlin. In ihrer Forschung untersucht sie die Rolle des Staates in Energieplanungsprozessen im europäischen Vergleich.

Klaus Dörre, Professor i.R. an der FSU Jena, Gastprofessor für Nachhaltigkeitskonflikte an der Uni Kassel. Veröffentlichungen zuletzt: *Umkämpfte Transformation. Konflikte um den digitalen und ökologischen Wandel*. Frankfurt am Main/New York: Campus (als Co-Herausgeber und Autor).

Lotte Jüsten hat Politikwissenschaft an der Universität Wien studiert und beschäftigt sich mit Fragen der Vergesellschaftung und demokratischem Wirtschaften bei Attac Österreich. Besonders wichtig ist es ihr, in ökonomischen Fragen eine feministische Perspektive einzunehmen.

Nikolaus Kowall ist Inhaber einer AK-Stiftungsprofessur für internationale Wirtschaft an der FH des BFI Wien und leitet die SPÖ-Expertengruppe Industriepolitik.

Alevtina Kravchenko ist Ökonomin und arbeitet bei Attac zur sozial-ökologischen Transformation.

Paul Nagel studiert Politikwissenschaft an der Universität Wien. Er befasst sich insbesondere mit historisch-materialistischen Forschungsperspektiven in den Sozialwissenschaften.

Lukas Oberndorfer ist Leiter der Abteilung Klima, Umwelt und Verkehr der Arbeiterkammer Wien. Er studierte Rechtswissenschaften und Politikwissenschaft. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen in den Bereichen sozial-ökologische Wirtschaftspolitik, Mobilitätswende, klimapolitische und wirtschaftliche Folgen des Aufstiegs Chinas sowie Vielfachkrise des Kapitalismus.

Wolfgang Polt war langjähriger Direktor des Instituts für Wirtschafts-, Sozial- und Innovationsforschung von JOANNEUM Research. Aktuell ist er in verschiedenen Beratungsgremien der Forschungs-, Technologie- und Innovationspolitik tätig.

Werner Raza ist Ökonom und Leiter der ÖFSE in Wien. Zum Thema Industriepolitik erscheint demnächst der von ihm mitherausgegebene Sammelband „Progressive Industrial Policy in Europe“ (Routledge, 2026).

Mario Taschwer ist Ökonom und Politikwissenschaftler und arbeitet als wirtschaftspolitischer Referent bei Attac Österreich.

Julia Werthmann ist Politikwissenschaftlerin und Journalistin. Ihre Texte sind ua. bei ZEIT, Jacobin und Freitag erschienen. Derzeit arbeitet sie als Universitätsassistentin am Fachbereich Politische Theorie an der Universität Wien. In ihrer Promotion setzt sie sich mit dem Verhältnis von Kapitalismus und Demokratie auseinander.

Daniel Witzani-Haim ist Ökonom in der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik in der Arbeiterkammer Wien, Lektor an der FH Wien sowie Vorsitzender im BEIGEWUM.

Jakob Zwirnmann ist Wirtschaftsingenieur und Politikökonom. Er befasst sich insbesondere mit der Frage, wie eine sozial und ökologisch gerechte Energiepolitik gestaltet werden kann.

Offenlegung der Blattlinie gemäß Mediengesetz

Die Zeitschrift *Kurswechsel* ist das Mitteilungsblatt des Vereins *Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen* mit Sitz in Wien. Der Inhalt der Zeitschrift orientiert sich an § 2 des Statuts: „Der Verein, dessen Tätigkeit nicht auf Gewinn gerichtet ist, bezweckt die Erstellung, Diskussion und Verbreitung von Konzeptionen und Einzelanalysen der österreichischen Wirtschafts- und Sozialpolitik und die Entwicklung gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitischer Alternativen unter besonderer Berücksichtigung der Interessen von Frauen.“

Eigentümer und Herausgeber

Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen (BEIGEWUM)

A-1050 Wien, Margaretenstraße 166/3/25

E-mail: beigewum@beigewum.at

Homepage: <http://www.beigewum.at>, <http://www.kurswechsel.at>

Verleger

Sonderzahl Verlagsges.m.b.H., A-1040 Wien, Mommsengasse 2

Redaktion: Joachim Becker, Christian Berger, Miriam Frauenlob, Markus Griesser, Oliver Prausmüller, Vanessa Redak, Elisabeth Springler und Beat Weber

Heftschwerpunkt: Lotte Jüsten, Alevtina Kravchenko, Mario Taschwer (alle Attac Österreich)

Aktuelle Debatte: Christian Berger, Wolfgang Polt

Druckunterlagen: Matthias Schmidt – buchgestalter.at

Druck: gugler, Melk

Bankverbindung

Sonderzahl Verlagsgesellschaft m.b.H. Bank Austria: IBAN AT77 1200 0006 8405 5106

Zulassungsnr.: 1104 50 W 88 U

ISDS International Series Data Systems, Paris

Registered as: ISSN 1016 8419. Key Title: *Kurswechsel*

© 2026 BEIGEWUM. Alle Rechte vorbehalten

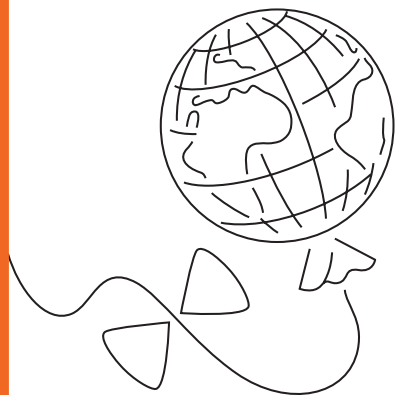
Preis (gültig ab 1.1.2024)

Einzelheft	Euro 12 (zuzüglich Porto)
Normalabonnement	Euro 34,-
StudentInnenabonnement	Euro 18,- (Vorlage einer Inskriptionsbestätigung)
Auslandsabonnement	Euro 42,-
Förderabonnement	Euro 70,-

Die Laufzeit eines *Kurswechsel*-Abos beginnt mit Heft 1 des laufenden Jahrgangs und verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, sofern nicht spätestens mit Erscheinen von Heft 4 gekündigt wird.

Bestellungen an: Sonderzahl Verlag / Kurswechsel Mommsengasse 2, A-1040 Wien

E-Mail: verlag@sonderzahl.at



Eine andere Welt gestalten!

Unser Wirtschaftssystem stellt maximalen Profit und grenzenloses Wachstum ins Zentrum und zerstört unsere Lebensgrundlagen. Immer mehr Menschen sind von der Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse ausgeschlossen, doch Vermögen und Macht der Reichsten wachsen stetig.

Wir müssen dieses System grundsätzlich hinterfragen, Wirtschaft und Gesellschaft umfassend demokratisieren und Machtverhältnisse verschieben.

Attac ist Teil einer internationalen Bewegung, die sich für eine demokratische, klimasoziale und geschlechtergerechte Gestaltung der globalen Wirtschaft einsetzt.

**Werde aktiv.
Unterstütze Attac!**

Web: attac.at
Newsletter: attac.at/newsletter
E-Mail: infos@attac.at

%attac